

Wien, 06.11.2014

An das Bundeskanzleramt Österreich

Ballhausplatz 2 1010 Wien

Per E-Mail: kultusamt@bka.gv.at

Stellungnahme zur Änderung des IslamG 1912

Zum vorliegenden Entwurf eines Bundesgesetzes wird von der Studienvertretung Bildungswissenschaft der Universität Wien wie folgt Stellung genommen:

Der vorliegende Gesetzesentwurf zum neuen Islamgesetz ist ein Maßnahmenpaket, das alle muslimische BürgerInnen und islamische Verbände einer strengen staatlichen Kontrolle unterziehen will. Der Staat darf entscheiden, ob Vereine, Verbände, Schulen und Kindergärten, und Moscheen geschlossen werden.

Ebenso gibt der Staat vor, was wie und von wem und in welcher Sprache gelehrt werden darf. Somit mischt sich der Staat mit diesem Entwurf in die inneren Angelegenheiten einer anerkannten Religionsgemeinschaft, für die er verfassungsrechtlich keine Gesetzgebungskompetenz hat.

Außerdem wird MuslimInnen mit diesem neuen Entwurf unterstellt, dass sie sich zu wenig zur Demokratie und Rechtstaatlichkeit bekennen, sodass diese vom Gesetzgeber eingefordert werden muss. Somit stellt dieser Entwurf MuslimInnen unter Generalverdacht!

Hier wurde von oben herab, über zahlreiche BürgerInnen hinweg entschieden! Dieser unter Ausschluss der muslimischen Zivilgesellschaft verfasste Entwurf stellt somit eine Benachteiligung der MuslimInnen im Vergleich zu anderen Religionsgruppen und Religionsgemeinschaften.

Weiteres ist aufgrund der medialen und politischen Auseinandersetzung in den letzten Wochen zu einem rasanten Anstieg von islamfeindlichen Übergriffen gekommen. Menschen werden auf offener Straße niedergeschlagen und angegriffen. Panikmache und Stigmatisierung einer religiösen Gruppe schädigt somit das Leben aller Menschen.

Für mehr Fairness bei der Behandlung aller Religionsgruppen in Österreich!

Für mehr friedliches Zusammenleben der österreichischen Bevölkerung und Sicherung der Rechtstaatlichkeit!

Dieser Gesetzesentwurf stärkt Rassismus und daher haben wir als IG Bildungswissenschaft gegen dieses einzutreten.

IG-Bildungswissenschaft fordert daher eine faire und sachliche Gesetzgebung, welche Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen zusichert. Diskriminierung und antimuslimischer Rassismus haben in den österreichischen Gesetzen nichts verloren!

Mit freundlichen Grüßen

Die Institutsgruppe Bildungswissenschaft
der Universität Wien